

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 112. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Dezember 2015, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Lars Winter
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3300	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3301	
<ul style="list-style-type: none">• Wegfall des Sperrvermerks in Kapitel 01 02 (ULD) Umdrucke 18/4259, 18/4370, 18/4977, 18/5070• Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Umdruck 18/5266• Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Umdruck 18/5283• Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Umdruck 18/5284 (neu)• 1. Nachschiebeliste der Landesregierung, Umdruck 18/5067• 2. Nachschiebeliste der Landesregierung, Umdruck 18/5216• Änderungsantrag der Koalition, Umdruck 18/5285 (neu)	
(Beschlussfassung)	
2. Information/Kenntnisnahme	6
Umdruck 18/4953 - Altenparlament Umdruck 18/5217 = 18/5287- Finanzausgleichsgesetz	
3. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/3300](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/3301](#)

(überwiesen am 16. September 2015 an den **Finanzausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

- Wegfall des Sperrvermerks in Kapitel 01 02 (ULD)
[Umdrucke 18/4259](#), [18/4370](#), [18/4977](#), [18/5070](#)
- Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/5266](#)
- Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/5283](#)
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP, [Umdruck 18/5284](#) (neu)
- 1. Nachschiebeliste der Landesregierung, [Umdruck 18/5067](#)
- 2. Nachschiebeliste der Landesregierung, [Umdruck 18/5216](#)
- Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/5285](#) (neu)

(Beschlussfassung)

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung der FDP lehnt der Finanzausschuss den Antrag der Landesbeauftragten für Datenschutz auf Wegfall des Sperrvermerks, [Umdruck 18/4259](#), ab.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP wird der Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/5266](#), abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN wird der Änderungsantrag der CDU, [Umdruck 18/5283](#), abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN wird der Änderungsantrag der FDP, [Umdruck 18/5284](#) (neu), abgelehnt.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition wird die 1. Nachschiebeliste der Landesregierung, [Umdruck 18/5067](#), die von den Koalitionsfraktionen als Änderungsantrag übernommen wird, angenommen.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN wird die 2. Nachschiebeliste der Landesregierung, [Umdruck 18/5216](#), die von den Koalitionsfraktionen als Änderungsantrag übernommen wird, angenommen.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition wird der Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/5285](#) (neu), angenommen.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, das Haushaltsgesetz 2016, [Drucksache 18/3300](#), und das Haushaltsbegleitgesetz 2016, [Drucksache 18/3301](#), mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 18/4953](#) - Altenparlament

[Umdruck 18/5217](#) = 18/5287- Finanzausgleichsgesetz

Der Finanzausschuss nimmt die Umdrucke zur Kenntnis.

Abg. Koch wiederholt seine Bitte, die Landesregierung möge die Auswirkungen der Aktualisierung der Teilschlüsselmassen auf die einzelnen Städte, Gemeinden und Kreise darstellen. - Herr Nowotny, Leiter des Referats Kommunale Finanzen im Innenministerium, sagt zu, dem Ausschuss eine entsprechende Gegenüberstellung zur Verfügung zu stellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Finanzausschuss vereinbart, am **17. Dezember 2015**, um 13:30 Uhr, über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Errichtung der „hsh portfoliomanagement AöR“ und zur Anpassung eines Staatsvertrags, [Drucksache 18/3572](#) (neu), zu beraten.

b) Die erste Finanzausschusssitzung im Jahr 2016 findet am **14. Januar** statt. Am 7. Januar findet keine Ausschusssitzung statt.

c) Abg. Andresen bittet die Landesregierung, dem Ausschuss die **Stellungnahme des Stabilitätsrats** zu dem von der Finanzministerin im September 2015 vorgelegten Sanierungsbericht zuzuleiten.

Finanzministerin Heinold wertet die Feststellung des Stabilitätsrats als Bestätigung dafür, die Fortsetzung des Konsolidierungskurses konsequent einzufordern. Es sei erfreulich, dass der Stabilitätsrat dem Land zutraue, das Sanierungsverfahren 2016 erfolgreich abschließen zu können. Der Stabilitätsrat erwähne auch, dass vor dem Hintergrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen der Abstand zur Obergrenze der zulässigen Kreditaufnahme sinke.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, macht darauf aufmerksam, dass sich der Stabilitätsrat bei seiner Beurteilung auf den ursprünglichen Haushaltsentwurf 2016 beziehe und die mit den Nachschiebelisten verbundenen Mehrausgaben von 800 Millionen € nicht berücksichtigt habe.

Abg. Dr. Garg weist darauf hin, dass sich die Kritik des Schleswig-Holsteinischen Steuerzahlerbundes auf den Ausgabenzuwachs des Haushalts inklusive der beiden Nachschiebelisten beziehe, die der Stabilitätsrat nicht berücksichtigt habe.

Abg. Andresen begründet die zusätzlichen Ausgaben mit der Bewältigung der Flüchtlingssituation, für die alle Fraktionen zusätzliche Haushaltsmittel in erheblichem Umfang beantragt hätten.

Ministerin Heinold äußert, der Stabilitätsrat habe seine Feststellung in der Kenntnis getroffen, dass sich der Abstand zur Schuldenobergrenze von 465 Millionen € auf 39 Millionen € verringert habe.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 10:40 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer